

KW 10

Aus der Fraktion

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP

„Ein Jahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine bleibt Nordrhein-Westfalens Solidarität ungebrochen“

Die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP haben einen gemeinsamen Antrag im Landtag verabschiedet, in dem sie ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs die ungebrochene Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringen. Hierzu erklären die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen Thorsten Schick (CDU), Thomas Kutschatj (SPD), Verena Schäffer und Wibke Brems (GRÜNE) sowie Henning Höne (FDP):

„In Europa tobt seit dem russischen Überfall auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 ein schrecklicher Krieg. Die Ukrainerinnen und Ukrainer erleben täglich brutale und menschenverachtende militärische Angriffe auf ihre Heimat. Wir in Nordrhein-Westfalen stehen weiter fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verurteilt den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste. Dieser Krieg ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer wieder in Frieden leben können. Ihr Land braucht einen gerechten Frieden.

Selbst in diesen schwierigen Zeiten unternimmt die Ukraine Reformanstrengungen, um weitere substantielle Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Bedingungen eines EU-Beitritts zu erzielen. Wir ermutigen die Ukraine weiterhin auf ihrem Weg in die Europäische Union.

Die Solidarität mit der Ukraine geht nicht nur vom Landtag aus – wir erleben sie überall in unserem Bundesland. Die Unterstützung der Menschen in NRW für die Ukraine ist ungebrochen. Wir bedanken uns bei allen Menschen, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich dafür einbringen, den von Krieg Betroffenen zu helfen. Die vielen Menschen, die Initiativen ins Leben rufen, Hilfsleistungen koordinieren, organisieren und erbringen, haben unsere volle Unterstützung.

Nordrhein-Westfalen wird den Menschen, die vor dem Krieg fliehen, weiterhin eine Zuflucht bieten. Wir gewährleisten eine sichere Ankunft, Unterbringung und Versorgung.

Die Arbeit unserer Kommunen ist dabei unschätzbar. Der Landtag ist den vielen kommunalen Beschäftigten dankbar für ihren enormen Einsatz, den sie seit mehr als einem Jahr erbringen.“

Jan Heinisch und Michael Röls zum Windenergiepaket

Windausbau mit und für die Menschen in NRW

Die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN hat ambitionierte Ausbauziele bei der Windenergie – nicht nur wegen der Energiekrise als Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Wir wollen die Klimaschutzziele erreichen und Wirtschafts- und Industriestandort Nummer 1 bleiben. Dazu der stv. CDU-Fraktionsvorsitzende Jan Heinisch und Michael Röls, Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik der GRÜNEN-Fraktion:

Jan Heinisch: „Unsere Politik führt zu mehr Flächenausweisung und zu größerer Akzeptanz vor Ort, denn wir wollen Windkraft nicht gegen die Menschen ausbauen, sondern sie gemeinsam mit ihnen steuern und lenken - insbesondere durch die angestrebte Stärkung der Bürgerenergie. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung kann sich der Ausbau nicht in der gewünschten Geschwindigkeit vollziehen. Der Gesetzesentwurf und der heutige Antrag sind dafür ein wichtiger, erster Schritt in einem ganzen Bündel von Maßnahmen.“

Michael Röls: „Die schrittweise Abschaffung der Mindestabstände für Windräder ist ein guter Kompromiss, der es uns ermöglicht, dass wir schnell zu konkreten Fortschritten in NRW kommen. Der sofortige Wegfall in Windenergiegebieten und beim Repowering ist ein wichtiger Fortschritt für günstigen, grünen Strom aus NRW. Entscheidend ist, dass in NRW in Zukunft ausreichend Flächen für Windräder vorhanden sind – darum werden wir die Flächenziele des Bundes deutlich früher erfüllen. 1000 Windräder bis zum Ende der Legislatur sind unser Ziel, daran lassen wir uns messen. Heute sind wir einen relevanten Schritt in diese Richtung gegangen. Mit der Einführung eines Bürgerenergiefonds, der Task Force Ausbaubeschleunigung, der Erleichterung des Windkraftausbaus in Industriegebieten, entlang von Verkehrswegen, auf Kalamitätsflächen, Nadelwaldflächen und Landesflächen sind weitere Schritte bereits gegangen worden oder befinden sich in Umsetzung.“

Daniel Scheen-Pauls und Laura Postma

Tarif-Dschungel im ÖPNV lichten

Der e-Tarif „eezy.NRW“ bietet seit Ende 2021 flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eine einfache und transparente digitale Tarifierung für den ÖPNV. Schwarz-Grün hat es sich zum Ziel gesetzt, die Tarifkomplexität im ÖPNV weiter abzubauen. Dies impliziert neben dem Deutschlandticket für die Vielfahrerinnen und Vielfahrer auch

die Vereinfachung der Tarife für Gelegenheitskundinnen und -kunden. Um das Angebot weiter zu stärken, haben die Fraktionen von CDU und GRÜNEN den Antrag „e-Tarif „eezy.NRW“ stärken und Tarifdschungel im Nahverkehr in NRW lichten“ in den Landtag eingebracht. Dazu der CDU-Abgeordnete **Daniel Scheen-Pauls** und die Sprecherin für Öffentlichen Nahverkehr der GRÜNEN-Fraktion, **Laura Postma**:

Daniel Scheen-Pauls: „Eine Vereinfachung des heutigen Tarifdschungels ist dringend erforderlich. Nicht nur die Vielfalt der Abonnements für die jeweiligen Zielgruppen ist das Problem, sondern die hohe Anzahl von Tarifgebieten, Waben, Zonen, Übergangstarifen und Kurzstreckenzonen, die das System für Kunden kompliziert macht. Mit Eezy.NRW nimmt NRW eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Unser Ziel ist, dass es eezy.NRW nicht nur als App, sondern auch beim Busfahrer oder am Ticketautomaten gibt. Es kann als Vorbild für eine deutschlandweite Umsetzung gelten. Es ist keine Konkurrenz zum Deutschlandticket, sondern bietet neben diesem ein weiteres, flexibles Angebot und ist gerade für Gelegenheitskunden attraktiv.“

Laura Postma: „Das Deutschlandticket ist ein echter Gewinn, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler. Doch auch für Fahrgäste, die nur gelegentlich den Öffentlichen Nahverkehr nutzen, haben wir mit dem luftlinienbasierten Ticket eezy.NRW bereits ein attraktives, digitales Angebot. Einsteigen, einchecken und losfahren und nur die Strecke bezahlen, die tatsächlich zurückgelegt wurde. Dieses Angebot wollen wir nun stärken und ausbauen und damit noch mehr Menschen überzeugen, mit Bus und Bahn mobil zu sein. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Verkehrsverbänden die noch unterschiedlichen eezy.NRW-Tarife zu vereinheitlichen.“

Blöming/Rock: NRW-Pensionsfonds stoppt Investments in fossile Energieträger

CDU und Grüne sorgen dafür, dass der Pensionsfonds des Landes NRW nicht mehr in fossile Energieträger investiert. Eine Änderung der Anlagerichtlinie schließt erstmals explizit ein Investment in Unternehmen aus, deren Geschäftsmodell das Fördern oder Verstromen von fossilen Rohstoffen wie Kohle oder Öl ist. Der Landtag hat am Donnerstagabend einen entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen beschlossen. Dazu erklären **Jörg Blöming**, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Unterausschuss Personal, und **Simon Rock**, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion:

Jörg Blöming: „Der Pensionsfonds des Landes ist ein wichtiger Bestandteil unserer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik. Der Fonds stellt sicher, dass die Versorgungsleistungen für unsere Beamtinnen und Beamten im Alter finanziert sind. Mit dem aktuellen Bestand von über 13 Milliarden Euro sind wir gut auf die weiter steigenden Zahlen von Pensionären vorbereitet. Bereits seit 2019 legen wir großen Wert darauf, diese Mittel nachhaltig zu investieren. Im Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne im Jahr 2022 festgeschrieben, dass die Anlagerichtlinien beim Pensionsfonds weiterentwickelt werden. Unsere schwarz-grüne Zukunftscoalition hat

sich darauf verständigt, in dieser Wahlperiode den nächsten Schritt zu gehen und zukünftig auch Investments in fossile Energieträger auszuschließen. Durch den Ausschluss der Finanzierung von Kohleverstromung wird der vorgezogene Braunkohleausstieg in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2030 unterstrichen, denn wir wollen die Herausforderungen von morgen nicht mit den Technologien von gestern bestreiten.“

Simon Rock: „Wir bringen Klimaschutz und Nachhaltigkeit voran – auch in unserer Finanzpolitik. Dabei setzen wir auf eine konsequent klimafreundliche Anlagestrategie für den NRW-Pensionsfonds: Ab sofort werden Aktien und Anleihen von Unternehmen, die auf fossile Energieträger setzen, ausgeschlossen. Damit wird der Pensionsfonds keine Kohlekraftwerke und Öltraffinerien mehr finanzieren. Dieser Fossil-Free-Ansatz ist ein wichtiges Signal für Nachhaltigkeit und Klimaschutz und ein weiterer Baustein, NRW zum klimaneutralen Industrieland zu machen. Darüber hinaus werden so finanzielle Risiken abgebaut, die mit den auf fossilen Energien aufgebauten Geschäftsmodellen einhergehen, und somit auch die Pensionsansprüche der Beamtinnen und Beamten des Landes gesichert.“

Klocke/Ritter: Mehr Engagement für bezahlbaren Wohnraum

Die schwarz-grüne Koalition setzt sich ein für bezahlbaren Wohnraum in NRW. Zu unseren Zielen gehören mehr Tempo beim Bau von preisgedämpftem und mietpreisgebundenem Wohnraum, eine wissenschaftlich fundierte Überarbeitung der Mieterschutz-Verordnung und ein Fokus auf Klimaneutralität und Barrierefreiheit. Dazu erklären die Sprecher für Bauen und Wohnen der Fraktionen, **Arndt Klocke** (GRÜNE) und **Jochen Ritter** (CDU):

Arndt Klocke: „Unser Ziel ist es, dass alle Menschen bezahlbar und angemessen Wohnen können. Dazu muss die Wohnraumförderung stets weiterentwickelt und der jeweiligen Lage angepasst werden. Wir wollen unsere Kommunen und deren lokalen und regionalen Wohnungsbauunternehmen und auch örtlichen Genossenschaften als wichtige Akteure stärken. Hierzu wollen wir die Kommunen darin bestärken Verkaufrechte zu nutzen oder Baugebote auszusprechen, um Leerstand und Unternutzung zu verhindern und Wohnraum gezielt zu entwickeln. Wichtig ist uns, Modernisierungsmaßnahmen für Klimaschutz und Barrierefreiheit deutlich zu fördern. Die energetischen Maßnahmen im Gebäudebestand dienen bei steigenden Energiekosten nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch dem Geldbeutel.“

Jochen Ritter: "Wohnen ist mehr, als ein Dach über dem Kopf zu haben, es muss bezahlbar und sicher sein. Das Land trägt Jahr für Jahr mit rund 1 Milliarde Euro dazu bei, dass mietpreisgebundener Wohnraum entsteht – in 2022 mit der zweithöchsten Fördersumme seit Bestehen dieses Programmes. Als verlässlicher Fördergeber stehen wir für Kontinuität, ergänzen die Bedingungen gleichwohl um Komponenten, die auf Klimaschutz und Ressourcenschonung einzahlen. Weiter entwickeln werden wir auch das Mietrecht, und zwar auf wissenschaftlicher Grundlage; denn

wenn das Land mit den wenigen Möglichkeiten, die es im Mietrecht hat, etwas bewirken will, dann bedarf das einer besonders gründlichen Vorbereitung. Zusätzliche Spielräume zur Mobilisierung von Bauland hat das Land bereits für die Kommunen geschaffen. So sorgen wir in mehrfacher Hinsicht dafür, dass sich der Wohnungsmarkt entspannt.“

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP

Nordrhein-Westfalen trauert gemeinsam mit den Überlebenden der Erdbeben-Katastrophe

Mehrere zehntausend Menschen sind bei den verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syrien vor gut einem Monat ums Leben gekommen. Millionen haben am 6. Februar ihr Zuhause verloren. Zu dem gemeinsamen Antrag „Nordrhein-Westfalen trauert um die Opfer der Erdbeben in Syrien und der Türkei“ erklären **Thorsten Schick** (CDU), **Rainer Schmeltzer** (SPD), **Berivan Aymaz** (GRÜNE) und **Dr. Werner Pfeil** (FDP):

„Wir trauern um alle, die in dieser Naturkatastrophe ihr Leben verloren haben. All denen, die den Verlust von geliebten Menschen zu beklagen haben, sprechen wir unsere tiefempfundene Anteilnahme aus. Sie trauern nicht alleine!

Wir danken den vielen professionellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus NRW, die vor Ort unter großem persönlichen Einsatz Menschenleben gerettet haben. Viele von ihnen sind noch immer dort und kümmern sich um die Überlebenden. Zusätzlich engagieren sich unzählige Vereine, Religionsgemeinschaften und private Initiativen, um von NRW aus Hilfe zu leisten. Auch ihnen möchten wir für dieses Engagement danken.

Aber auch wenn die internationale Hilfe schnell angelaufen ist und viele Menschen gerettet und medizinisch versorgt werden konnten, ist die humanitäre Lage vor Ort weiterhin katastrophal. Für die Menschen in den Erdbebengebieten, aber auch für zahlreiche Menschen in NRW mit familiären Bezügen zur Türkei oder Syrien wird diese Katastrophe noch lange Folgen haben. Die Region ist weiterhin dringend auf internationale Unterstützung und Nothilfe angewiesen. Nordrhein-Westfalen wird seinen Teil dazu beitragen, die akute Not zu lindern und beim Wiederaufbau in der Region zu unterstützen. Angehörige in NRW sind für Überlebende, die oft alles verloren haben, ein wichtiger Anker. Es ist gut, dass die Betroffenen dank Visaerleichterungen derzeit vereinfacht bei Kindern oder Enkeln auch in NRW unterkommen können. Das Land prüft weitere Maßnahmen, um das Visaverfahren hier zu beschleunigen.“

Marco Schmitz / Meral Thoms

Bund und SPD stellen Dialog um Krankenhausplanung in Frage

In einer Pressekonferenz hat die SPD NRW Bundesminister Lauterbach einen Stopp der Krankenhausreform für Nordrhein-Westfalen fordern lassen. Sie stellt damit den vereinbarten Weg der Verständigung zwischen Bund und Ländern zu gemeinsamen Anstrengungen für eine bessere Krankenhauslandschaft einseitig und ohne erkennbare Gründe in Frage. Dazu die gesundheitspolitischen Sprecher von CDU und GRÜNEN im Landtag, Marco Schmitz und Meral Thoms:

Marco Schmitz: „Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat sich offenbar vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty vor den politischen Karren spannen lassen. Dass ihm dies unangenehm war, hat er mit seinem fahrigem und unkonzentrierten Auftritt in der Pressekonferenz selbst dokumentiert. Der strukturelle Reformbedarf unserer Krankenhausversorgung ist unbestritten. Dabei wäre Lauterbach gut beraten, mehr auf Nordrhein-Westfalen zu hören. Mit recht haben die Krankenhausgesellschaften daher eindringlich vor den Plänen der Ampel gewarnt. Eine 1:1-Umsetzung der Lauterbach-Pläne würde bundesweit Eingriffe in die Krankenhauslandschaft bedeuten, die nicht erforderlich sind und weit über das Ziel hinausgehen. Statt zu sinnvoller Umverteilung der Leistungen könnte sie zu starken Konzentrationen bei einzelnen Krankenhäusern führen. Bis gestern befanden sich Bund und Länder in einem offenen Diskussionsprozess für einen zu erarbeitenden gemeinsamen Gesetzesentwurf. Diesen Dialog haben Lauterbach und Kutschaty heute aufgekündigt.“

Meral Thoms: „Mit dieser Pressekonferenz hat Minister Lauterbach dem Verständigungsprozess keinen Gefallen getan. Es ist wichtig, im Ringen um gemeinsame Lösungen jetzt nicht nachzulassen. Wir werden in NRW die Krankenhauslandschaft stärken und zukunftsfest machen, indem wir flächendeckend und wohnortnah die Versorgung sichern und die Qualität verbessern. Wir kennen die regionalen Besonderheiten im Land und orientieren uns an den Bedarfen vor Ort. Zusätzlich brauchen wir eine Reform der Krankenhausfinanzierung, die dem gleichen Ziel einer hohen Qualität dient und die Vorhaltung wichtiger Versorgungsstrukturen sichert. Deshalb muss die Reform der Bundesebene mit unserer innovativen Krankenhausplanung ineinandergreifen.“

Hintergrund: Der nordrhein-westfälische Landtag hat im April 2022 ein neues Krankenhausplanungsgesetz in Kraft gesetzt. Durch eine wissenschaftlich validierte und durch die Krankenhäuser mitgetragene Planung wird eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser angestrebt. Die Krankenhausreform wird seitens der Landesregierung durch mindestens 2,5 Mrd. Euro flankiert, die dazu dienen, durch die Umstrukturierungen notwendige Neu- und Umbauten zu fördern. Eine Planung nach Versorgungsgruppen stellt eine flächendeckende Versorgung mit bestimmten Stationen etwa Notaufnahmen, Geburtshilfen oder Kinderkliniken sicher. Für 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger soll ein Krankenhaus mit chirurgischen Versorgungsangebot in 20 Autominuten erreichbar sein

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP

Erinnern für die Gegenwart – Start für die Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat den Antrag „Erinnern für die Gegenwart – Gedenkstätte Stalag 326 zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung weiterentwickeln“ der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP beschlossen. Dazu erklären **Klaus Kaiser** (CDU), **Elisabeth Müller-Witt** (SPD), **Christina Osei** (GRÜNE) und **Dirk Wedel** (FDP):

„Über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Sie wurden in Kriegsgefangenenlagern systematisch ausgebeutet und ermordet. Die Dimension dieses Verbrechens spiegelt sich leider bis heute in der deutschen Erinnerungskultur noch nicht angemessen wieder.

Im Musterungslager Stalag 326 wurden Kriegsgefangene nach ihrer Arbeitskraft selektiert und von hier aus zu Arbeitskommandos verschickt. Die Prozedur von Registrierung, Entlassung und Musterung war ein erniedrigender, entmenschlichender und entrechtender Vorgang. Die Aufarbeitung der Geschehnisse im Stalag 326 zeigt deutlich, dass die umliegende Bevölkerung Kenntnis von dem menschenverachtenden Umgang des Nationalsozialismus mit den Kriegsgefangenen hatte. Die Neukonzeption der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock wird als Erinnerungsort und Ort der historisch-politischen Bildung dazu beitragen, die Lücke in der Erinnerungskultur weiter zu schließen und die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus voranzutreiben. Seit vielen Jahren machen sich ehrenamtlich Engagierte verdient um die Erinnerung an die Opfer des Stalag 326. Ihnen gilt unser Dank für diese wichtige Aufgabe.

Wir beauftragen die Landesregierung, die Planung zur Trennung der Gedenkstätte vom Gelände des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW zu veranlassen. Das ist ein wichtiger Schritt in der Umsetzung der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2020. Zudem beauftragen wir die Landesregierung, parallel zur Planung die Gründung einer Stiftung als Rechtsträger der Gedenkstätte vorzubereiten und umzusetzen.

Die vom Bund (25 Mio. Euro), dem Land Nordrhein-Westfalen (25 Mio. Euro) und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (10 Mio. Euro) zur Verfügung gestellten Mittel sind wichtige Investitionen für die Zukunft der Erinnerungskultur weit über Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik hinaus und leisten einen Beitrag, dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte aufzuarbeiten.“

Bostancieri/Troles: Paritätische Besetzung von landeseigenen Vorständen und Gremien

Für Schwarz-Grün ist Gleichberechtigung ein wichtiges Anliegen. Die Fraktionen von CDU und GRÜNEN haben am Internationalen Frauentag den Antrag „Gleichberechtigung im Erwerbsleben: Diskriminierungen wirksam entgegenwirken und Frauen intersektional unterstützen“ in den Landtag eingebracht. Damit machen wir darauf aufmerksam, dass die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen unter anderem im Beruf noch immer nicht erreicht ist und bringen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ein. Dazu erklären die Sprecherinnen für Frauen und Gleichstellung der Fraktionen **İlayda Bostancieri** (GRÜNE) und **Heike Troles** (CDU):

İlayda Bostancieri: „Frauen erfahren Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts. Manche Frauen sind darüber hinaus von mehrfacher Diskriminierung, zum Beispiel aufgrund von Hautfarbe, Religion oder Behinderungen betroffen. Um dieser Mehrfachdiskriminierung effektiv entgegenzuwirken, müssen wir Gleichstellung intersektional denken. Als schwarz-grüne Koalition wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, welches die intersektionale Perspektive berücksichtigen soll. In einer modernen, demokratischen Gesellschaft hat die Landesregierung eine Vorbildfunktion. Deshalb wollen wir vor allem die Führungskräfte der Landesverwaltung schulen, um das Bewusstsein für Mehrfachdiskriminierungen noch weiter zu stärken. Zudem wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz weiterentwickeln, um künftig die landeseigenen Gremien und Vorstände paritätisch zu besetzen.“

Heike Troles: „Zur Gleichberechtigung gehört der Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'. Dazu steht die NRW-Zukunftscoalition. Mit dem vorliegenden Antrag bekennen wir uns dazu und belassen es nicht bei einem Appell an die Gesellschaft, diese durch- und umzusetzen. Vielmehr stellen CDU und GRÜNE mit der Erarbeitung eines Lohnatlas für Nordrhein-Westfalen und der Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes zur paritätischen Besetzung von landeseigenen Vorständen und Gremien konkrete Maßnahmen zur Verbesserung und Vergleichbarkeit der Situation erwerbstätiger Frauen zur Abstimmung. Gleiche Chancen – auch nach der Elternzeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, null Toleranz gegenüber Diskriminierung von Frauen in der Berufswelt – dafür machen wir uns mit diesem Antrag stark!“

Aus der Landesregierung

Bundesratsinitiative „Bundesweite Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung“

Nordrhein-Westfalen bringt eine Initiative zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung in den Bundesrat ein. Extremwetterereignisse treten immer häufiger auf. Starkregen und Hochwasser haben zuletzt im Juli 2021 insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu verheerenden Schäden auch an Wohn- und Gewerbeimmobilien geführt.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Die furchtbare Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat gezeigt, dass unser Land widerstandsfähiger werden muss. Die Schäden waren enorm. Allein in Nordrhein-Westfalen starben 49 Menschen. Viele Häuser wurden zerstört oder massiv beschädigt. Familien standen vor dem Nichts. Die Länder sind sich deshalb einig: die bundesweite Pflichtversicherung für Elementarschäden muss kommen. Wir haben bereits im Juni 2022 eine Zusage des Bundeskanzlers erhalten, das Thema anzugehen. Doch bis heute hat der Bund keine brauchbaren Lösungswege präsentiert. Aus Sicht der Länder, parteiübergreifend, muss das Vorhaben auf der Tagesordnung bleiben, denn es gibt dringenden Handlungsbedarf. Nordrhein-Westfalen wird das Thema deshalb im Rahmen einer Bundesratsinitiative weiter vorantreiben. Es darf nicht sein, dass das Thema nur unmittelbar nach einer Katastrophe auf der Agenda steht und danach vergessen wird. Wir brauchen eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Politik. Der Ball liegt beim Bund.“

Der Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Benjamin Limbach macht deutlich: „Menschenleben, Gesundheit und verlorene Erinnerungen sind nicht zu ersetzen. Aber der materielle Schaden sollte abgesichert sein und niemanden in Existenzangst versetzen. Deshalb ist es an der Zeit, systematisch Maßnahmen zu ergreifen, damit nach einer Hochwasserkatastrophe oder anderen Großschadenergebnissen kein Mensch vor dem finanziellen Ruin stehen muss.“

Eine flächendeckende private Versicherung von Gebäudeeigentümern gegen Elementarschäden ist eine langfristige Risikoprävention. Die Gebäudeeigentümer übernehmen Verantwortung und schützen ihr Hab und Gut. Da bisher bundesweit nur rund die Hälfte der privaten Gebäudeeigentümer über eine Elementarschadenversicherung verfügt und die Gefahr existenzbedrohender Schäden nach einer Unwetterkatastrophe häufig wieder verdrängt wird, hat sich die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (MPK) bereits im Juni 2022 klar für die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden ausgesprochen. Nur eine bundesweite Regelung erscheint sachgerecht, weil Naturkatastrophen nicht an den Ländergrenzen halt machen.

Die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben daher beschlossen, einen Entschließungsantrag in den Bundesrat einzubringen. Mit diesem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, kurzfristig einen konkreten Regelungsvorschlag zur Einführung einer bundeseinheitlichen Elementarschaden-Pflichtversicherung zu erarbeiten. Hierdurch soll ein System weitgehend flächendeckender privater Versicherungen von Gebäudeeigentümern gegen Elementarrisiken etabliert werden.

Minister der Justiz Dr. Limbach: „Ein Warten auf bessere Zeiten – oder auf das nächste Großschadenersignis – ist keine Option. An die Stelle öffentlicher Hilfen, die die Allgemeinheit trägt, muss eine systematische, bundesweite Risikoprävention durch eine Pflichtversicherung für Elementarschäden treten.“

Nordrhein-Westfalen will bereits 2025 insgesamt 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie ausweisen

Landesregierung legt Potenzialanalyse für Windenergieflächen vor

Bis zum Jahr 2032 muss Nordrhein-Westfalen 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie ausweisen. Das Land wird dieses Ziel bereits bis 2025 erfüllen. In seiner Sitzung am Dienstag, 7. März 2023, hat das Landeskabinett die vom Wirtschafts- und Klimaschutzministerium beauftragte Windenergieflächenanalyse beraten. Ziel ist, das Windenergieflächenbedarfsgesetz, das die entsprechende Zielvorgabe des Bundes enthält, deutlich vor den vorgesehenen Fristen umzusetzen.

Auf Basis der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) erarbeiteten Analyse erfolgt eine gerechte Verteilung der geeigneten Windflächen auf die sechs Planungsregionen des Landes. Diese werden im Zuge der Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) verpflichtet, entsprechende Windenergiegebiete auszuweisen. Mit der Abstimmung der Flächenanalyse legt die Landesregierung eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien im Land.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Unser Ziel ist es, unsere Energieversorgung mit hohem Tempo unabhängiger, bezahlbar und nachhaltig zu gestalten. Deshalb stellen wir die Weichen für den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen und gehen dabei ambitioniert, transparent und gerecht vor. Dafür geben wir den Regionen größtmögliche Planungsspielräume, damit beim Ausbau die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden können und der Ausbau gesteuert erfolgen kann. Die bisherigen Beiträge zum Ausbau der Windkraft werden angerechnet und alle zusätzlichen Beiträge gerecht verteilt. Gemeinsam mit den Regionen und Kommunen bauen wir unsere Energieversorgung um und legen die Grundlage für ein starkes und zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen.“

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Wir haben durch entschlossenes Handeln in den vergangenen Monaten die Lage auf den Energiemärkten beherrschbar gemacht. Mit gleicher Entschlossenheit wollen wir jetzt an diese Dynamik anknüpfen und gemeinsam die Verfahren zum Ausbau der Erneuerbaren weiter beschleunigen. Unsere Ziele in Nordrhein-Westfalen haben wir ganz bewusst ambitioniert formuliert. Klar ist: Dafür braucht es Flächen. Die zu finden, wird nur gemeinsam gelingen. Land und Kommunen sind gefragt. Und klar ist auch: Erneuerbare sind längst zum Standortfaktor geworden. Nur wenn wir deutlich mehr und deutlich schneller regenerative Energiequellen erschließen, machen wir uns energiepolitisch unabhängig von fossilen Importen. So können wir nicht nur unsere Klimaschutzziele erreichen, sondern auch die grüne Energie bereitstellen, die die Akteure in Wirtschaft und Industrie einfordern. Die jetzt vorgelegten Berechnungen des LANUV liefern eine konsistente und realistische Grundlage für den Ausbau der Windenergie im Land. Damit wird deutlich: Die Koalition hält Wort und macht weiter entschlossen Tempo auf dem Weg zu einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung.“

Umweltminister Oliver Krischer: „Wir ermöglichen nun auch in Nordrhein-Westfalen die Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten. Dort gibt es große Potentiale für Erzeugung Erneuerbarer Energien. Klimafreundlicher Windstrom kann nun auch dort erzeugt werden, wo er verbraucht wird. Das reduziert den Bedarf von Flächen für Windenergie in der freien Landschaft. Natur- und Vogelschutzgebiete sowie FFH-Lebensräume bleiben tabu und können weiterhin frei von Windenergienutzung bleiben. Wir wollen darüber hinaus aber den Naturschutz in der Fläche ausweiten und neue Schutzgebiete ausweisen, in denen wiederum die Windenergienutzung möglich sein soll. So stellen wir für bestimmte Flächen, die bisher keinen rechtlichen Schutzstatus hatten, eine Win-Win-Situation her: Der Schutz von Arten und Biotopen wird gewährleistet und gleichzeitig die Nutzung der Windenergie ermöglicht.“

Grundlage der Windflächenanalyse des LANUV ist ein umfangreicher Kriterienkatalog, der zur Verfügung stehende Flächen im Land präzisiert und Ausschlussflächen definiert. Ausgenommen sind etwa Siedlungsbereiche und die direkte Umgebung von Einzelwohnhäusern im Freiraum mit Abständen von 700 Metern (Innenbereich) und 500 Metern (Außenbereich). Auch werden Bereiche mit großer Hangneigung oder schlechten Windverhältnissen, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Windanlagen nicht erwarten lassen, ausgeschlossen. In Anspruch genommen werden können aus den Regionalplänen auch Gewerbe- und Industriegebiete (GIB) und nicht fachrechtlich ausgeschlossene Bereiche zum Schutz der Natur (BSN). Insgesamt stellt das LANUV ein landesweites Gesamtpotenzial der Flächen für die Windenergienutzung von 126.249 Hektar beziehungsweise 3,7 Prozent der Landesfläche fest.

Für eine gerechte Verteilung auf die Planungsregion sind zwei Aspekte leitend: Zum einen soll keine Planungsregion mehr als 75 Prozent ihrer Potenzialflächen für die Windenergie zur Verfügung stellen müssen. Zum anderen soll nicht mehr als die

bundesseitig vorgesehene Obergrenze von 2,2 Prozent der Gesamtfläche der Planungsregion für die Windenergie vorgehalten werden müssen.

Im Ergebnis ergibt dies für die Planungsregionen Arnsberg, Detmold, Köln und Münster ein Teilflächenziel von 2,13 Prozent der regionalen Gesamtfläche (Planungsregion Arnsberg 13.186 Hektar, Detmold 13.888, Köln 15.682, Münster 12.670). Aufgrund der hohen Siedlungsdichte und des geringeren Flächenpotentials betragen die Teilflächenziele für die Planungsregion Düsseldorf 1,14 Prozent (4.151 Hektar) und für die Planungsregion des RVR 0,46 Prozent (2.036 Hektar). Bestehende Windenergieanlagen und geeignete bestehende Planungen werden bei der Erfüllung der Ziele berücksichtigt.

Ministerpräsident Hendrik Wüst verleiht den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen an sechs Bürgerinnen

Ministerpräsident Wüst: Mit der Verleihung des Landesverdienstordens am Vorabend des Weltfrauentags machen wir auf die großen Verdienste von Frauen in unserer Gesellschaft aufmerksam, aber auch auf die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten

Um die gesellschaftlichen Verdienste von Frauen besonders zu würdigen, hat Ministerpräsident Hendrik Wüst am Vorabend des internationalen Frauentags den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen an sechs engagierte Bürgerinnen verliehen. Seit mehr als 100 Jahren wird am 8. März weltweit auf Frauenrechte, bestehende Diskriminierungen und Ungleichheiten aufmerksam gemacht und dazu aufgerufen, sich für Gleichberechtigung einzusetzen.

Mit dem Verdienstorden ehrt die Landesregierung traditionell ehrenamtlich besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger für ihren herausragenden Einsatz für das Gemeinwohl und das Land Nordrhein-Westfalen. Die Verleihung fand in der Staatskanzlei in Düsseldorf statt.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Frauen leisten in unserer Gesellschaft wertvolle Arbeit, das gilt es, angemessen zu würdigen. Noch immer sind es häufig die Frauen, die sich um die Erziehung der Kinder oder die Pflege von Familienangehörigen kümmern – und ihr Engagement geht weit darüber hinaus. Sie stellen ihre Zeit und ihre Tatkraft in den Dienst der Gesellschaft. Mit der Verleihung des Landesverdienstordens am Vorabend des Weltfrauentags wollen wir aufmerksam machen auf diese großen Verdienste, aber auch auf die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten. Gleichstellung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jede und jeder einen

Beitrag leisten kann.“ Der Ministerpräsident weiter: „Deshalb freue ich mich besonders, heute sechs Frauen für ihr vielfältiges Engagement auszuzeichnen und in den Mittelpunkt zu stellen. Sie sind Vorbilder für viele junge Menschen in unserem Land und sorgen beständig dafür, unsere Heimat noch lebenswerter zu machen.“

Über den Landesverdienstorden

Der Verdienstorden des Landes ist eine der höchsten Auszeichnungen und wurde 1986 aus Anlass des 40. Geburtstages des Landes Nordrhein-Westfalen vom damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau gestiftet. Als Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste für die Allgemeinheit wird er an besonders engagierte Persönlichkeiten verliehen.

Ausgezeichnet mit dem Landesverdienstorden wurden am 7. März 2023:

Heidrun Brieskorn, Eitorf

Seit gut vier Jahrzehnten kümmert sich die Musikerin – oft mit großem eigenen finanziellen Einsatz – um den Schutz seltener Schmetterlingsarten, Fledermäuse, Salamander, Wildvögel und Orchideen. Vor 15 Jahren gründete sie gemeinsam mit ihrem Ehemann die „Maculinea-Stiftung NRW“ für den Erhalt geschützter Schmetterlingsarten. Frau Brieskorn organisiert Fledermaus-Wanderungen und Führungen durch die Natur, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Claudia Kleinert, Köln

Die beliebte Moderatorin, Buchautorin, Rednerin und Coachin setzt sich seit vielen Jahren für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung ein. So ist sie seit 15 Jahren Botschafterin der „Lebenshilfe NRW“. Außerdem unterstützt sie die Kinderhilfsorganisation „Save the children“, ist Patin eines äthiopischen Kindes und engagiert sich für die Kindernothilfe, die jungen Menschen in der sogenannten „Dritten Welt“ die bestmöglichen Startchancen in ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Irith Michelsohn, Bielefeld

In Tel Aviv geboren, engagiert sich die heutige Vorsitzende der „Union progressiver Juden in Deutschland“ seit vielen Jahren an der Spitze der Jüdischen Kultusgemeinde Bielefeld. Die Einweihung des neuen Gemeindezentrums und der Synagoge im Jahre 2008 gehören zu Irith Michelsohns wichtigsten Erfolgen für das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen. Auch als Gründungsmitglied des Vereins „begegnen e.V.“ setzt sie sich gegen Antisemitismus, Rassismus und für das Miteinander der Religionen ein.

Michaela Noll, Haan

Die frühere langjährige Bundestagsabgeordnete engagiert sich seit vielen Jahren für benachteiligte Menschen und Familien. Bereits seit 2005 ist sie Schirmherrin des Franziskus-Hospizes Hochdahl in Erkrath, seit 2007 Präsidentin des Förderkreises ZNS Langenfeld e.V., der zahlreichen Menschen nach einem Schädelhirntrauma den Weg in ein möglichst selbstständiges Leben ermöglicht. Als engagierte Schirmherrin zahlreicher sozialer Projekte setzt sie sich vor allem für Kinder und Jugendliche ein.

Heidi van Thiel, Essen

Die erfolgreiche Reitsportlerin startete Mitte der 80er Jahre ihre zweite Karriere im Reitsport. Bis heute ist sie Landesjugendwartin des Landesverbandes Rheinland der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e. V. Zwischenzeitlich übte sie ehrenamtlich und als erste Frau überhaupt das Amt der Bundesjugendwartin des Verbandes aus. Ein besonderer Schwerpunkt ihres herausragenden Engagements war und ist die Arbeit mit jungen Menschen, die sie seit Jahrzehnten für den Reitsport zu begeistern weiß.

Karin Welder, Bottrop

Seit 20 Jahren betreut die gelernte Einzelhandelskauffrau in der „Kontaktstelle Bor-sigweg“ in Bottrop obdachlose, erkrankte Menschen, ebenso Asylbewerberinnen und -bewerber. Das Spektrum ihres Engagements reicht von der Beratung in wichtigen Fragen des täglichen Lebens bis hin zu ganz praktischen Hilfestellungen im Haushalt oder der Organisation von Feiern und Festen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Kontaktstelle.

Die Laudationes an die neuen Ordensträgerinnen im Wortlaut:

Es gilt das gesprochene Wort.

Heidrun Brieskorn aus Eitorf

Gibt es schönere Tiere als Schmetterlinge, mit ihren vielfältigen und prächtigen Farben und Zeichnungen?

Kein Wunder, dass so viele Musiker und Bands Songs über Schmetterlinge geschrieben haben und Menschen jeden Alters sich für sie begeistern können. Doch leider gehören auch sie zu den gefährdeten Tierarten. Manche Arten sind bereits verschwunden, andere kommen immer seltener vor. Vielen Menschen ist das nicht bewusst. Heidrun Brieskorn aber weiß das seit vielen Jahren. Schmetterlinge zu schützen ist für sie zur Lebensaufgabe geworden, und noch mehr als das:

Die Naturschätze unserer Heimat mit ihrer Artenvielfalt zu erhalten, dafür setzt sie sich mit Leidenschaft, Begeisterung, Kraft und auch Geld aus der eigenen Tasche ein. Das ist alles andere als selbstverständlich.

Schon Anfang der 80er Jahre erkennt Heidrun Brieskorn, welchen Gefahren und Belastungen unsere Natur ausgesetzt ist. Sie will nicht zusehen. Sie will selber etwas tun. Ganz besonders der Schutz bedrohter Schmetterlingsarten liegt ihr am Herzen. Aber sie weiß, dass man gemeinsam mit anderen hier viel mehr erreichen kann. Deshalb gründet sie im Jahr 2008 gemeinsam mit Ihrem Ehemann die „Maculinea-Stiftung NRW“, um neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, Spenden zu sammeln und noch wirksamer für ihr Ziel arbeiten zu können: die natürlichen Lebensgrundlagen geschützter Schmetterlingsarten im Siegtal zu verbessern. Denn viele von ihnen brauchen ganz spezifische Bedingungen, um überleben zu können. Dafür erwirbt die Stiftung Flächen. Ihre Gründerin selber legt eigens neue Wiesen an. Auch

nach dem viel zu frühen Tod ihres Ehemanns setzt sie diese Arbeit mit unverminderter Kraft fort.

Doch nicht nur die Falter, auch der Schutz der Fledermäuse liegt Heidrun Brieskorn schon lange am Herzen. Seit über zehn Jahren betreut sie die Kolonie der Großen Mausohren in Eitorf und beteiligt sich am Umbau und an der Erweiterung des Fledermausquartiers. Auch nächtliche Ausflugskontrollen und Zählungen übernimmt sie. Dadurch können wichtige Erkenntnisse über die Entwicklung der Fledermauspopulation im Siegtal gewonnen werden.

Zur Stelle ist Heidrun Brieskorn auch, wenn es um den Schutz von Amphibien geht. Hier kümmert sie sich zum Beispiel darum, dass die kleinen Tiere in der Zeit der Laichwanderung sicher die Straße überqueren können, ohne von Autos oder Lkws getötet zu werden.

Natur- und Artenschutz ist ein Generationenprojekt. Auch das hat Heidrun Brieskorn erkannt.

Seit über 20 Jahren engagiert sie sich in der Bildungsarbeit im Bereich Naturschutz, führt Fledermaus- und Naturwanderungen durch. Wie ich höre, gelingt es ihr damit, Kinder und Jugendliche mit der eigenen Begeisterung für unsere Natur anzustecken.

Liebe Heidrun Brieskorn,

es ist beeindruckend, mit welcher Weitsicht, Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft Sie sich seit Jahrzehnten um den Schutz und um die Bewahrung unserer Natur bemühen.

Ihr herausragendes Engagement für Artenvielfalt und Naturschutz ist vorbildlich und kommt uns allen zugute.

Dafür sagt Ihnen Nordrhein-Westfalen ein herzliches Dankeschön und ehrt Sie mit dem Verdienstorden unseres Landes.

Claudia Kleinert aus Köln

Claudia Kleinert ist den meisten hier Anwesenden als Moderatorin der Wettervorhersage bekannt. Mehrmals wöchentlich und auf unterschiedlichen Kanälen versorgt sie uns ebenso kurzweilig wie anschaulich mit den Aussichten zum Wetter.

Weniger bekannt ist, dass Claudia Kleinert auch jenseits des Wetterstudios ein sehr vielfältiges Berufsleben hat, nämlich als Coachin, Buchautorin und Gastrednerin. Wer sie aber noch etwas besser kennt, weiß, dass sie sich seit vielen Jahren ehrenamtlich im sozialen Bereich engagiert. Insbesondere die Unterstützung von Menschen mit Behinderung ist ihr ein Herzensanliegen.

Deshalb ist Claudia Kleinert seit 2008 Botschafterin des Vereins „Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen“. So wirbt sie für die Einführung des Bundesteilhabegesetzes, das Menschen mit Behinderung mehr Selbstbestimmung ermöglichen soll.

Außerdem moderiert sie die Parlamentarischen Abende der Lebenshilfe und macht die Abgeordneten mit charmantem Nachdruck auf die Belange der Menschen mit Behinderung und deren Angehörige aufmerksam. Daneben engagiert sich Claudia Kleinert im Kuratorium der „Stiftung Lebenshilfe NRW zur Förderung von elternlosen und behinderten Menschen“.

Zudem ist Claudia Kleinert seit mehr als zehn Jahren Botschafterin der „Kindernothilfe“ und setzt sich hier für die weltweite Umsetzung von Kinderrechten ein. Ihr ist es sehr wichtig, dass vor allem Kinder aus Entwicklungsländern Schulen oder Bildungseinrichtungen besuchen können.

Als Moderatorin des Kindernothilfe-Medienpreises „Kinderrechte in der Einen Welt“ machte sie auf den Missstand der Kinderarbeit und ihre bitteren Folgen für Kinder in Äthiopien aufmerksam.

Und als Botschafterin der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ macht Claudia Kleinert die Folgen der Klimakrise insbesondere für die Kinder zu ihrem Thema. Bei YouTube oder Twitter erklärt sie ebenso eindrucksvoll wie verständlich die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Extremwetterereignissen und dem Klimawandel. Auf einer Veranstaltung von „Save the Children“ im vergangenen Jahr fand sie dazu deutliche Worte: „Wir sind alle aufgerufen, uns einzusetzen für ein friedliches Miteinander, für Klimaschutz, damit zu Kriegs- nicht noch unzählige Klimaflüchtlinge kommen und für mehr Gerechtigkeit um uns herum und überall auf der Welt.

Und dürfen diejenigen nicht vergessen, die auch jetzt weit weg von ihrem Zuhause unsere Unterstützung und unser Interesse brauchen“.

Liebe Claudia Kleinert, Sie sind nicht nur eine allseits beliebte Wetterexpertin, sondern viel mehr als das:

Sie sind eine großartige Kämpferin

- für die Belange von Menschen mit Behinderung,
- für die Rechte von Kindern in Entwicklungsländern und
- für die Hilfe für Kinder in Kriegs- und Katastrophengebieten.

Dafür bedanke ich mich heute bei Ihnen sehr herzlich mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen.

Irith Michelsohn aus Bielefeld

In Tel Aviv geboren, kommt Irith Michelsohn als Dreijährige nach Deutschland. Als junge Frau zieht sie nach Bielefeld. Vor mehr als zwanzig Jahren beginnt sie sich ehrenamtlich für den Wiederaufbau der Jüdischen Kultusgemeinde Bielefeld zu engagieren. Zu diesem Zeitpunkt zählt die Gemeinde nur noch 25 Mitglieder. Irith Michelsohn wird zur Vorsitzenden gewählt. Ein Amt, das sie bis heute innehat. In ihrer Amtszeit wächst die Gemeinde von 25 auf rund 350 Mitglieder an.

Von Anfang an setzt sie auf ein aktives Gemeindeleben. Irith Michelsohn etabliert viele Einrichtungen, von der Kinder- und Jugendgruppe über eine engagierte Sozialabteilung bis hin zum Seniorentreff.

Schon bald wird die Kultusgemeinde über die Landesgrenzen hinaus als fortschrittliche und soziale Vorzeigegemeinde bekannt. Aber auch mit heftigen Widerständen muss sie zurechtkommen.

Dennoch gelingt es ihr, die frühere evangelische Paul-Gerhardt-Kirche in Bielefeld zu erwerben und in ein jüdisches Gemeindezentrum mit Synagoge umbauen zu lassen. Beide werden im Jahr 2008 eingeweiht und gelten bis heute als wegweisend.

Nun wäre das schon eine große Leistung. Irith Michelsohns Engagement reicht aber noch viel weiter. Sie wird zur Vermittlerin zwischen orthodoxen und liberalen Juden, zwischen den Alteingesessenen und den Zugewanderten, insbesondere den Spätaussiedlern. Zugleich unterstützt sie aktiv den Dialog der Religionen in Bielefeld. Sie ist Gründungsmitglied des Vereins „begegnen e.V.“ und wird dort Schatzmeisterin. Der Verein wendet sich gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Mit Vorträgen, Bildungsveranstaltungen und Reisen wird das Verständnis füreinander gestärkt, werden Vorurteile abgebaut und der Respekt zwischen den Religionen gefördert.

Irith Michelsohn wird zur Generalsekretärin der „Union progressiver Juden in Deutschland“ gewählt, dem Dachverband von mehrheitlich reformjüdischen Gemeinden. Seit Dezember ist sie Vorsitzende des Verbandes.

Irith Michelsohn ist eine Frau der Tat. Als sie ein ambulantes Kinder- und Rehazentrum in Beit Jala in Palästina besucht, erfährt sie, dass dort zwei dringend benötigte Aufzüge fehlen. Kurzerhand betreibt Irith Michelsohn dank ihrer zahlreichen Kontakte erfolgreich Spendenakquise:

2021 geht der erste Aufzug in Betrieb; der zweite soll auf gleiche Weise folgen.

Als Jüdin setzt sich Irith Michelsohn persönlich für eine Einrichtung in Palästina ein – eine starke und bewegende Botschaft. Sie tut das aus voller Überzeugung und wissend, dass nicht alle Menschen in den jüdischen Gemeinden ihr Vorgehen befürworten.

In der schwierigen Zeit der Pandemie sorgt sie dafür, dass es dennoch ein Gemeinleben geben kann – mit Online-Gottesdiensten und regelmäßigen virtuellen Kaffeetrinken.

Irith Michelsohn kümmert sich darum,

- dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialabteilung der Jüdischen Kultusgemeinde den Kontakt zu allen Gemeindemitgliedern aufrechterhalten,
- dass die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten sichergestellt wird und
- dass die älteren Gemeindemitglieder zu den Impfbetrieben gefahren werden.

Liebe Frau Michelsohn,

Sie tragen seit vielen Jahren unbeirrbar und mit großem Erfolg dazu bei, dass jüdisches Leben bei uns in Nordrhein-Westfalen einen festen Platz hat, dass es blühen und gedeihen und unsere Gesellschaft bereichern kann.

Dafür sind wir sehr dankbar.

Für Ihre vielfältigen Verdienste danken wir Ihnen heute mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen.

Michaela Noll aus Haan

Dass selbst hohe politische Ämter und ehrenamtliches Engagement einander nicht ausschließen, sondern zum Wohl vieler Menschen ideal ergänzen können, das hat

Michaela Noll über viele Jahre gezeigt. Von 2002 bis 2021 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und in dieser Zeit zum Beispiel Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Präsidentin der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Und dennoch fand sie immer wieder die Zeit, sich für benachteiligte Menschen einzusetzen.

So ist sie seit 2005 Schirmherrin des Franziskus-Hospiz Hochdahl in Erkrath, das Menschen mit einer nicht heilbaren Krankheit auf ihrem letzten Weg begleitet. Dieses Hospiz hatte schon in den frühen Anfängen der Hospizbewegung mit seinen ambulanten, stationären und teilstationären Angeboten bundesweit Modellcharakter erlangt.

Von Hochdahl gingen wichtige Impulse für die Sozialgesetzgebung aus – mit der tatkräftigen Unterstützung von Michaela Noll. Auf Veranstaltungen wirbt sie dafür, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Würde auch des schwerstkranken und sterbenden Menschen zu stärken.

Aber auch in anderen Bereichen engagiert sich Michaela Noll: So unterstützt sie von 2006 bis 2021 das „Schulmüdenprojekt Zündstoff“ des Sozialdienstes Katholischer Frauen und Männer Erkrath, das sich um Schulverweigerer und schulmüde Jugendliche kümmert. Sie sorgt mit dafür, dass das Projekt lange Zeit vom Bund unterstützt wird. Und es gelingt ihr, das Handwerk für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Etwa 250 junge Menschen werden zu Fachkräften im Handwerk, in Industrie und Handel ausgebildet. Michaela Noll ist wichtig, das Thema ‚Schulverweigerung‘ aus der Tabuzone zu holen. Jungen Menschen etwas zuzutrauen und sie dabei zu unterstützen, Vertrauen in sich selbst zu finden – darum geht es ihr.

[Liebe Michaela Noll, ich wurde gebeten, Ihnen heute einen herzlichen Gruß vom „Zündstoff-Team“ zu übermitteln, was ich hiermit gerne tue.

Viele Jahre engagiert sich Michaela Noll als Schirmherrin für den Verein „Förderkreis KIPKEL e.V.“ in Haan, ein Projekt für Kinder psychisch kranker Eltern.

Das Projekt arbeitet seit Jahren als präventives Beratungsangebot für Familien mit minderjährigen Kindern, in denen ein Elternteil an einer Psychose erkrankt ist oder an einer Persönlichkeitsstörung leidet.

Mit diesem Projekt soll die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder in einem schwierigen familiären Umfeld unterstützt werden.

Michaela Noll nutzt ihre zahlreichen Verbindungen zu Politik und Gesellschaft, um neue Unterstützerinnen und Unterstützer von KIPKEL zu gewinnen.

Als Präsidentin des „Förderkreises ZNS Langenfeld e.V.“ setzt sich Michaela Noll mit Erfolg für Menschen ein, die Schäden am zentralen Nervensystem erlitten haben und die den Weg zurück in ein möglichst selbst-bestimmtes Leben finden sollen. Auch mit ihrem Engagement ist es dem Verein gelungen, Spendengelder in sechsstelliger Höhe zu akquirieren, so dass damit zahlreichen Menschen geholfen werden konnte.

Liebe Michaela Noll, mit Ihrem vielfältigen Engagement beweisen Sie ein großes Herz – insbesondere für Kinder, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Und die haben Sie dank Ihnen auch bekommen.

Dafür danke ich Ihnen mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen.

Heidi van Thiel aus Essen

„Das größte Glück der Erde liegt auf dem Rücken der Pferde“

Münsterländer wie ich wachsen mit diesen wahren Worten des Dichters Friedrich von Bodenstedt auf. Und manche Menschen machen aus dieser Lebenserfahrung eine Lebensaufgabe. Zu diesen Menschen gehört Heidi van Thiel.

Schon als junge Frau war sie aktive Reiterin im Springen, in der Vielseitigkeit und in der Dressur. Bereits mit 14 Jahren nahm sie an Deutschen Junioren-Vielseitigkeitsmeisterschaften, acht Mal insgesamt an den Deutschen Meisterschaften im Reitsport teil. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Vor genau 55 Jahren gewann sie die Deutsche Junioren-Meisterschaft im Springen in Kiel.

Der Reitsport ist Heidi van Thiels Berufung. Aber die ausgebildete Röntgenassistentin machte ihn nicht zu ihrem Beruf, sondern kümmerte sich um ihre beiden Töchter. Und fand eine andere Möglichkeit, sich für den Reitsport zu engagieren und vor allem junge Menschen für das Glück auf dem Rücken der Pferde zu gewinnen und zu begeistern.

Mitte der 80er Jahre startet Heidi van Thiel ihre zweite Karriere im Reitsport – dieses Mal im Ehrenamt. Sie wird Sportwartin im Verein für Reitsport in Essen und Jugendwartin im Kreisreiterverband Essen.

Nur wenig später wird sie erst zur stellvertretenden und später zur Landesjugendwartin des Landesverbandes Rheinland der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e.V. gewählt. Ein Amt, das sie bis heute ausfüllt.

Das Vertrauen in ihre Fähigkeiten ist so groß, dass sie sogar zur Bundesjugendwartin der Deutschen Reiterlichen Vereinigung gewählt wurde. Damit war sie die erste Frau in diesem so wichtigen Amt für den deutschen Reitsport.

Dass Heidi van Thiel dem Präsidium der Deutschen Reiterlichen Vereinigung angehört, wird niemanden überraschen. Als Bundesjugendwartin und Chefin der Equipe begleitete Heidi van Thiel zahlreiche deutsche U21-Nachwuchsteams zu den Europameisterschaften im Springreiten.

Engagiert kümmerte sie sich um das Reiten im Schulsport und überhaupt um die Nachwuchsförderung. Im Verband setzte sie ganz eigene Akzente und kümmert sich auch um Themen, die für Außenstehende so gar nicht zu der glanzvollen, ästhetischen Welt des Pferdesports zu passen scheinen. Dazu gehören „Sexualisierte Gewalt“ oder „Alkohol bei Reitsportveranstaltungen“, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Heidi van Thiel ist in ihrem ehrenamtlichen Einsatz ebenso erfolgreich, wie sie es als Sportlerin gewesen war. Als sie in einem Interview einmal gefragt wurde, was sie denn motivieren würde, sich so intensiv zu engagieren, antwortete sie: „Ich arbeite gerne mit jungen Leuten zusammen.

Die geben mir Impulse. Das ist wunderbar. Da bleibt man zukunftsorientiert. Ehrenamt hält jung und fit!“

Das ist allerbeste Werbung für das Ehrenamt. Sie, liebe Heidi van Thiel, sind bereits mehrfach ausgezeichnet worden. Und nun gehören Sie auch zu den Trägerinnen und Trägern des Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen.

Herzlichen Glückwunsch!

Karin Welder aus Bottrop

Der ganz persönliche Einsatz für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft findet häufig unbemerkt von der Öffentlichkeit statt. Menschen, die sich in sozialen Projekten engagieren, tun dies aus einer tiefen inneren Überzeugung, mit viel Selbstlosigkeit und einer Selbstverständlichkeit, die aus ihrem moralischen Kompass folgt.

Und oft engagieren sie sich in Bereichen, die mit ihrem sonstigen Leben nicht viel zu tun haben. Ihr Antrieb ist es, einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten. Gerade dann, wenn sie Menschen helfen können, die mit einem schwierigen Schicksal zu kämpfen haben. Solch ein Mensch, der sich aufopferungsvoll um seine Mitmenschen kümmert, ist Karin Welder.

Sie ist das Herz und zugleich die gute Seele der „Kontaktstelle am Borsigweg“ in Bottrop. Seit mittlerweile 20 Jahren leistet die gelernte Einzelhandelskauffrau dort Großartiges. Die Kontaktstelle ist in einer Notunterkunftssiedlung eingerichtet. Hier finden vor allem obdachlose Menschen mit großen sozialen Schwierigkeiten sowie mit Sucht- oder psychischen Erkrankungen ein Zuhause. Manche bleiben nur einen Tag oder eine Woche – andere ein Jahr oder länger.

Auch Asylbewerber, die in den Notunterkünften einquartiert sind, suchen die Kontaktstelle regelmäßig auf.

Karin Welders Ehrenamt ist so mannigfaltig wie die Probleme jener Menschen, denen sie zur Seite steht. In ihrer Arbeit gilt nur eines: der Dienst am Nächsten. Süchtige Menschen können bei ihr gebrauchte gegen neue Spritzen eintauschen. Mehrmals wöchentlich organisiert sie Frühstück für die Bewohner, das sie selbst mitzubereitet. Außerdem hilft sie bei der Wäschepflege und bei der Verteilung der Kleiderspenden.

Als ausgezeichnete Köchin verwöhnt sie die Besucherinnen und Besucher der Kontaktstelle jedes Jahr zu Weihnachten und zu Ostern mit einem Festessen, das sie mit viel Liebe und Mühe zubereitet.

Ein echtes Highlight für Menschen, die sonst mit so wenig auskommen müssen.

Karin Welder ist für viele, die die Kontaktstelle aufsuchen, die erste Ansprechpartnerin. Manch einer braucht nur jemanden zum Reden – und dafür nimmt sie sich die Zeit. Gelegentlich muss sie bei Auseinandersetzungen zwischen den Besucherinnen und Besuchern eingreifen und Streit schlichten. Das tut sie auf ihre ruhige und zugleich durchsetzungsfähige Art. Und weil sie Werte wie Toleranz, Solidarität und Respekt vorlebt, genießt sie eine besondere Autorität am Borsigweg.

Diese Autorität hat sich Karin Welder über eine lange Wegstrecke erarbeitet, und das unter Umständen, die oft belastend sind und die sich Außenstehende wohl kaum vorstellen können.

Dass gerade Ihr Engagement, liebe Karin Welder, anders als das vieler anderer nicht unbemerkt geblieben ist und Sie für den Landesverdienstorden vorgeschlagen wurden, freut mich sehr.

Sie haben ein großes Herz für alle, die Hilfe brauchen.

Und dafür genießen Sie allseits außerordentliche Wertschätzung – auch die meine. Als Dank für Ihr herausragendes Engagement verleihe ich Ihnen heute den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einkommensteuerbescheid ist jetzt rein digital möglich

Die Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen wird jetzt noch digitaler: Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger ihren Einkommensteuerbescheid direkt in ELSTER zugestellt bekommen – papierlos und schnell

Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger ihren Einkommensteuerbescheid direkt in ELSTER zugestellt bekommen. Diese Neuerung ist die nächste Stufe der Umstellung auf die digitale Übermittlung offizieller Schreiben aus der Finanzverwaltung, die termingerecht ab sofort freigeschaltet wurde. „Die digitale Zustellung des Steuerbescheides ist ein weiterer wichtiger Baustein der bürgerfreundlichen Finanzverwaltung“, sagt Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen für Nordrhein-Westfalen. „Der Weg von der Abgabe der Einkommensteuererklärung bis zum Erhalt des Steuerbescheids ist jetzt komplett digital möglich – und somit für die Menschen einfach vom Sofa aus. Außerdem ist der Bescheid schneller im ELSTER-Postfach als im Briefkasten.“

Ganz wichtig: Die Entscheidung liegt bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Denn Voraussetzung, um die digitale Bekanntgabe in Anspruch zu nehmen, ist die vorherige elektronische Einwilligung im Online-Portal „Mein ELSTER“ oder im Rahmen einer erteilten Vollmacht an eine Steuerberaterin oder einen Steuerberater – diese bleibt bis zum Widerruf grundsätzlich für alle Steuerarten gültig, kann aber selbstverständlich jederzeit nachträglich geändert werden. Noch innerhalb dieses Jahres wird die Möglichkeit zur digitalen Bekanntgabe um die Gewerbesteuer- und Körperschaftsteuerbescheide erweitert.

„Die Finanzverwaltung ist für die Menschen in Nordrhein-Westfalen da“, betont Minister Dr. Optendrenk. „Unser Anspruch ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ihren Kontakt mit dem Finanzamt so einfach, sicher und angenehm wie möglich zu machen. Deshalb wollen wir ELSTER zu einem echten Online-Finanzamt ausbauen.“

Eine weitere Erleichterung, die viele Bürgerinnen und Bürger jetzt zu Jahresbeginn beim Ausfüllen ihrer Einkommensteuererklärung bemerken werden: Viele ihrer Daten werden der Finanzverwaltung bereits von dritter Seite elektronisch übermittelt und in ELSTER übertragen. Das gilt bereits für 37 Mitteilungsarten, darunter Lohnsteuerbescheinigungen sowie Mitteilungen über Rentenbezug, Kranken- und Pflegeversicherung und Lohnersatzleistungen. Jährlich wird dieses Verfahren erweitert.

Hinweis: Wie Bürgerinnen und Bürger ihren Steuerbescheid über ELSTER digital erhalten können, haben wir in einem Erklär-Video unter www.finanzverwaltung.nrw.de zusammengefasst.

Gleichstellungsministerin Josefine Paul zum Weltfrauentag: Es gibt noch viel zu tun

Erstmalige Studie zu Beurteilungen im Landesdienst zeigt: Frauen haben tendenziell schlechtere Chancen, befördert zu werden

Der Landesregierung ist die Gleichstellung von Frauen ein wichtiges Anliegen. Der Öffentliche Dienst ist dabei in vielen Bereichen Vorreiter und setzt sich aktiv gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ein. Seit Inkrafttreten des nordrhein-westfälischen Landesgleichstellungsgesetzes 1999 haben wir in Nordrhein-Westfalen schon viel erreicht: Die Beschäftigten in der Landesverwaltung sind längst überwiegend weiblich. Im höheren Dienst liegt der Frauenanteil bereits seit 2012 über der 50-Prozent-Marke. Daneben sind auch immer mehr Führungspositionen mit Frauen besetzt.

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2023 hat das Gleichstellungsministerium erstmals eine Studie über die Beurteilungen von Frauen in der Landesverwaltung veröffentlicht. Das Ergebnis der zweimonatigen Untersuchung* zeigt: Frauen werden bei dienstlichen Beurteilungen tendenziell nicht so gut bewertet wie ihre männlichen Kollegen. Männer haben in der Landesverwaltung tendenziell höhere Chancen auf Beförderungen und bessere Aussichten darauf, Führungskraft zu werden als Frauen. Nach den Ergebnissen wirkt sich vor allem auch eine Teilzeitbeschäftigung nachteilig auf die Karriere aus. Je nach Verwaltungsbereich und Laufbahngruppe zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede. Unter dem Strich bleibt allerdings festzustellen:

- Frauen sind, bis auf den Bereich „Ministerien“, in allen erfassten Verwaltungsbereichen bei den Beurteilten mit Spitzennoten geringer vertreten als jeweils bei den Beurteilten insgesamt.**
- Für Beurteilte in Teilzeit gilt dies über alle Verwaltungsbereiche hinweg ausnahmslos.***
- Bis auf eine Ausnahme (Finanzverwaltung) sind Frauen bei den mit der ersten Spitzennote Beurteilten geringer vertreten als bei den Beurteilten mit der zweitbesten Note.

Die ressortübergreifende Beurteilungsstatistik kann hier heruntergeladen werden: https://www.mkjfgfi.nrw/system/files/media/document/file/mkjfgfi-beurteilungsstatistik_07.pdf.

Gleichstellungsministerin Josefine Paul erklärt: „Das Geschlecht oder die Frage, ob jemand Teil- oder Vollzeit arbeitet, darf nicht über den Karriereweg entscheiden. Im Gegenteil: Besonders der Öffentliche Dienst muss Vorbild bei der Gleichstellung sein und dafür sorgen, dass Frauen diskriminierungsfrei arbeiten können. Die Studienergebnisse nehmen wir zum Anlass, um weiter und mit Nachdruck landesweit für mehr Gleichstellung zu sensibilisieren. Wir sind schon weit gekommen, dürfen aber in unserem Bemühen um Gleichstellung nicht nachlassen. Wir brauchen geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Beurteilungen, eine Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes sowie eine Gleichstellungsstrategie für die Landesregierung, die wir mit den Ministerien und Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam entwickeln wollen.“

Die Landesregierung greift die Studienergebnisse auf, um für noch mehr Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen. Daneben machen wir uns bereits in vielen Bereichen für Frauen stark. So kann Nordrhein-Westfalen auf ein gut ausgebautes und differenziertes Schutz- und Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder zurückgreifen. So gibt es in Nordrhein-Westfalen 67 Frauenhäuser, 62 Frauenberatungsstellen, 53 Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, acht spezialisierte Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel und zwei Fachberatungsstellen gegen Zwangsheirat. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es landesgeförderte Frauenhäuser. Die aktuell 666 landesgeförderten Schutzplätze für Frauen in Frauenhäusern werden von einer vergleichbaren Größenordnung an Kinderplätzen flankiert. Schutzräume werden weiter ausgebaut und bestehende Schutzlücken weiter kontinuierlich geschlossen.

Daneben verbessert Nordrhein-Westfalen die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch mehr Lohntransparenz, Zusammenarbeit mit den Unternehmen und gezielte Maßnahmen für diejenigen, die es schwer haben, in die qualifizierte Erwerbstätigkeit zu kommen, wie Wiedereinsteigerinnen und geflüchtete Frauen. Dazu gehört unter anderem die Erstellung eines Lohnatlas', der für mehr Vergleichbarkeit von Gehältern sorgt, sowie die weitere Förderung der Kompetenzzentren „Frau und Beruf“, die für Unternehmen eine wichtige Anlaufstelle bei Beratungsfragen zu einer gleichstellungs- und familienbewussten Personalpolitik sind.

Ein weiteres Ziel der Landesregierung ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen zu stärken. Denn Frauen sind hier immer noch unterrepräsentiert. Deswegen möchte Nordrhein-Westfalen prüfen, wie eine verfassungskonforme Änderung des Wahlrechts gestaltet werden kann, die Verbindlichkeit schafft und eine klare Haltung zur Gleichstellung deutlich macht.

* Die Untersuchung wurde im Januar und Februar 2021 durchgeführt. Einbezogen wurden alle Beamtinnen und Beamten, die in der zuletzt durchgeführten Regelbeurteilungsrunde eine Bewertung erhalten haben. Die Beurteilungsrunden haben in den Ressorts zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattgefunden. Die Zahlen spiegeln also die Situation vor Januar 2021 wider.

** Im Bereich „Ministerien“ ist der Frauenanteil an den beiden Spitzennoten größer als an allen Beurteilten (plus 3,1 Prozentpunkte). In allen anderen Verwaltungsbereichen zeigt sich in der Laufbahngruppe 2.1 („gehobener Dienst“) bei den Beurteilungen mit Spitzennoten ein geringerer Frauenanteil als jeweils an allen Beurteilungen. Die Verteilung reicht von minus 3,1 Prozentpunkte bei den Bezirksregierungen bis minus 7,4 Prozentpunkte bei der Finanzverwaltung.

*** Für die Teilzeit gilt: Nur im Bereich „Ministerien“ (plus 0,9 Prozentpunkte) sind teilzeitbeschäftigte Beurteilte bei den Spitzennoten etwas stärker repräsentiert als bei den Beurteilungen insgesamt. In den übrigen Verwaltungsbereichen sind teilzeitbeschäftigte Beurteilte bei den Spitzennoten vergleichsweise unterrepräsentiert: die Spannweite reicht von minus 0,6 Prozentpunkten bei den Bezirksregierungen bis minus 14,1 Prozentpunkte bei der Finanzverwaltung.

Für klimaneutralen ÖPNV im Rheinischen Revier: Land Nordrhein-Westfalen fördert Wasserstoff-Herstellung in Heinsberg mit 1,8 Millionen Euro

Ministerin Neubaur: Heimische Erzeugung von grünem Wasserstoff trägt zur klimaneutralen Mobilität der Zukunft bei

Klimafreundlich von A nach B zu gelangen, das geht zu Fuß oder mit dem Fahrrad – oder für weitere Strecken mit Fahrzeugen, die erneuerbare Energien nutzen. Mit dem Projekt H2HS entsteht in Heinsberg eine Elektrolyseanlage zur Herstellung von grünem Wasserstoff, mit dem Brennstoffzellenbusse betankt werden sollen. Das Land fördert das Projekt mit 1,8 Millionen Euro und unterstützt damit das Rheinische Revier bei der Entwicklung und Anwendung von Wasserstofftechnologien. Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur übergab am Freitag, 10. März 2023, den Förderbescheid.

Ministerin Neubaur: „Klimafreundliche Kraftstoffe und Antriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von CO₂-Emissionen im Verkehr. Unser Ziel ist es, bis 2025 in Nordrhein-Westfalen 500 Brennstoffzellenbusse im Einsatz zu haben, die grünen Wasserstoff tanken können. Hierfür brauchen wir neben vielen Erneuerbare-Energien-Anlagen auch eine starke und dichte Infrastruktur mit Elektrolyseuren und Wasserstofftankstellen. Ich freue mich daher sehr, dass „H2HS“ diese Ziele unterstützt und das Revier bei diesem Thema mit vorangeht.“

Das auf Initiative der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg und mit Unterstützung des Kreises Heinsberg ins Leben gerufene Vorhaben treiben mittelständische Unternehmen aus der Region voran. Geplant ist die Errichtung eines Elektrolyseurs

mit einer Leistung von einem Megawatt. Damit können etwa zwölf Brennstoffzellenbusse betrieben und rund 1000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Gut 200 Brennstoffzellenbusse sind heute insgesamt schon im Land unterwegs.

Besonderes Highlight der Anlage ist die Nutzung der Nebenprodukte: Die Abwärme des Elektrolyseurs dient der Beheizung von Gebäuden; den ebenfalls anfallenden Sauerstoff verwendet eine Kläranlage. Das Vorhaben verbindet damit im Sinne der Sektorenkopplung die Bereiche Mobilität, Gebäude und Industrie miteinander. Durch die effiziente Nutzung der Stoff- und Wärmeströme wird eine hohe Effizienz erreicht, die die Wirtschaftlichkeit erhöht.